Roter "Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse." Marx/Engels: Aus dem Manifest der Kommunistischen Partei Brandenburger

Zeitung der DKP | Landesorganisation Brandenburg

Frieden und Freundschaft mit Russland und China!

Die Armut in der BRD wächst - Reichtum auch

In Deutschland ist die Kluft zwischen arm und reich so groß wie nie.

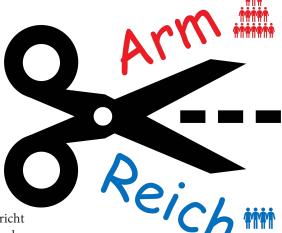
Obwohl das Bruttoinlandsprodukt 2021 mit 3,6 Billionen Euro um immerhin 2,9 Prozent und damit um rund 100 Milliarden Euro über dem Vor-Corona-Stand von 2019 lag, stieg die Armut in der BRD im zweiten Jahr der Pandemie erneut auf eine traurige Rekordmarke.

Nach dem neuesten Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbandes mussten 2021 rund 13,8 Millionen Menschen, das sind 16,6 Prozent der Bevölkerung, zu den Einkommensarmen gerechnet werden. Noch nie wurde eine höhere Armutsquote für die BRD gemessen.

Armutsbegriff

Dabei wird in der EU nicht mit einem sogenannten absoluten Armutsbegriff gearbeitet, der Armut an existenziellen Notlagen wie Obdachlosigkeit oder Nahrungsmangel festmacht, sondern Armut wird in jedem Land als relative Armut definiert.

Arm sind demnach alle, die über so geringe Mittel verfügen, "dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist", wie es im entsprechenden Kommissionsbericht heißt.



Dieser EU-Konvention folgend zählt auch der Paritätische Gesamtverband jede Person als einkommensarm, die mit ihrem Einkommen unter 60 Prozent des mittleren Einkommens liegt.

Dabei handelt es sich um das gesamte Nettoeinkommen des Haushaltes inklusive Wohngeld, Kindergeld, Kinderzuschlag, anderer Transferleistungen oder sonstiger Zuwendungen.

Konkret in Euro lag der so ermittelte Wert 2021, den die amtliche Statistik als Armutsgefährdungsschwelle bezeichnet, für Singles bei 1.148 Euro, für Alleinerziehende mit einem kleinen Kind bei 1.492 Euro und für einen Paarhaushalt mit zwei kleinen Kindern bei 2.410 Euro.

24. Parteitag

174 Delegierte berieten Ende Mai über einen Antrag des Parteivorstandes "Nein zum Krieg! Hochrüstung stoppen! Frieden geht nur mit Russland und China!"

In dem folgenden Beschluss heißt es: "Sanktionspolitik, Hochrüstung und die weitere Einkreisung Russlands und Chinas erhöhen die Kriegsgefahr und die Gefahr eines Atomkrieges enorm. Auslöser ist nicht der Krieg in der Ukraine oder das Leid der Menschen in der Ukraine. Vielmehr ist die Ukraine nur Schauplatz eines Stellvertreterkrieges. Es geht um geopolitische Interessen, Einflusssphären, Marktanteile, Rohstoffe, Energiepläne und Transportwege. Es geht um die "regelbasierte Ordnung" im Sinne des westlichen Imperialismus. Es geht gegen Russland als Konkurrenten und China als "systemischen Gegner". Der Beschlusses endet mit folgenden Forderungen:

- Den Krieg stoppen! Verhandeln jetzt! Für eine neue Sicherheitsarchitektur für ganz Europa!
- Gegen Hochrüstung! Kein Sondervermögen für die Bundeswehr! 2-Prozent-Ziel stoppen! Abrüsten statt Aufrüsten!
- Keine Atombomber Schluss mit der nuklearen Teilhabe!
- Stopp der Waffenlieferungen in die Ukraine!
- Keine militärische, politische und finanzielle Unterstützung des Kiewer Regimes!
- Rücknahme der Sanktionen gegen Russland - Energiepreisstopp jetzt!

 \blacksquare TS

→ Fortsetzung Seite 2



Atomwaffenverbotsvertrag jetzt unterzeichnen

Am 6. August 1945 wurde auf Befehl des US-amerikanischen Präsidenten Truman, der zu dieser Zeit in Potsdam zur Viermächte-Konferenz weilte, die erste Atombombe auf die 536.000 Einwohner zählende japanische Hafenstadt Hiroshima abgeworfen.

Etwa 80.000 Menschen wurden sofort getötet, und später starben über 200.000 weitere Opfer an den Folgen der radioaktiven Strahlung.

Durch diesen militärisch sinnlosen Abwurf sollte die UdSSR eingeschüchtert und die Vorherrschaft der USA gesichert werden.

Drei Tage später, am 9. August 1945 wurde die zweite Atombombe auf Nagasaki, einer 200.000-Einwohner-Stadt, abgeworfen.

Am 7. Juli 2017 wurde die Resolution über den Atomwaffenverbotsvertrag, der unter anderem Entwicklung, Test, Produktion, Erwerb, Lagerung, Stationierung und Einsatz von Atomwaffen verbietet, durch die UN-Generalversammlung von 122 der 193 Mitgliedsstaaten angenommen.

Der Vertrag wurde bisher von 86 Staaten unterzeichnet, 56 Staaten haben ihn ratifiziert.

Am 22. Januar 2021 trat der Atomwaffenverbotsvertrag 90 Tage nach der 50. Ratifizierung in Kraft.

Bisher haben diesen Vertrag aber weder die Atommächte noch die NATO-Staaten unterzeichnet, so auch die BRD nicht!

Daher fordern wir: Unterzeichnung jetzt! Atomwaffen raus aus Deutschland! TS \rightarrow Fortsetzung von Seite 1

Betroffene

Vom Risiko, in Armut abzurutschen sind vor allem Haushalte mit drei und mehr Kindern (31,6 Prozent) sowie Alleinerziehende (41,6 Prozent) betroffen.

Aber vor allem Kinder und Jugendliche sind arm. Mit 20,8 Prozent erreichte die Armut in dieser Gruppe eine neue traurige Rekordmarke. Das Gleiche gilt für ältere Menschen (17,4 Prozent) und Rentner (17,9 Prozent), wobei vor allem Frauen betroffen sind.

Armutsregionen

Schaut man sich die regionalen Zahlen an, muss man feststellen, dass das Ruhrgebiet mit einer Armutsquote von 21,1 Prozent und einer "Hartz-IV-Quote" von 14,4 Prozent die von Armut am stärksten betroffene Region in der BRD ist.

Die Armutsquote in der BRD insgesamt lag 2021 bei 16,6 Prozent, mit einem mehr oder weniger stetigen Anstieg seit 2005 (14,6 Prozent). Die geringste Quote wurde 2006 mit 14,0 Prozent errechnet.

Der Unterschied in der Armutsquote zwischen Ost- und Westdeutschland hat sich über die Jahre angeglichen. Betrug sie 2005 noch 20,4 Prozent im Osten und 13,2 Prozent im Westen der BRD, ist die Differenz 2021 "nur noch" 1,6 Prozent (17,9 Prozent im Osten und 16,3 Prozent im Westen).

In Brandenburg liegt die Armutsquote 2021 bei 14,5 Prozent und damit unter dem Bundesdurchschnitt. Sie verringerte sich sogar leicht in den vergangenen Jahren.

Dieser Trend dürfte sich im Zuge der Kriegs- und Sanktionspolitik der Bundesregierung wieder umkehren, wenn tausende Werktätige in der Erdöl- und davon abhängigen Industrie in den nächsten Jahren die Folgen dieser Politik direkt zu spüren bekommen und alle anderen über die weiter steigende Inflation.

Unsere nach Brandenburg und Potsdam zugereisten Promis, wie Kanzler und Außenministerin, werden dabei die Folgen ihrer sinnlosen Politik am wenigsten im Geldbeutel spüren.

Die Schere öffnet sich weiter

Das in der Krise die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht, zeigen auch Zahlen der französischen Unternehmensberatung "Capgemini". Demnach konnten die zehn reichsten Deutschen ihr Vermögen in den beiden letzten Jahren um rund 35% auf 242 Milliarden US-Dollar steigern. Das sind 62,7 Milliarden mehr als noch im Februar 2019.

Die Reichen werden nicht nur reicher, sondern auch zahlreicher, sie, die Millionäre, sind im vergangenen Jahr in der BRD um rund 100.000 gewachsen.

Wo das Geld herkommt? "Reicher Mann und armer Mann standen da und sahn sich an. Und der Arme sagte bleich: Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich." (Brecht)

Für uns Kommunistinnen und Kommunisten Grund genug den Klassenkampf aufzunehmen. ■ TS



"Frieren gegen Putin?" Nicht mit uns!

Der unmittelbare Zusammenhang zwischen Hochrüstung und den verschärften Lebensbedingungen für den übergroßen Teil der Bevölkerung ist offensichtlich. Die Bundesregierung hält an ihrem Kriegskurs fest: Kriegskredite mit Verfassungsrang, immer mehr Waffen für die Ukraine und eine immer weitere Verschärfung der Sanktionen gegen Russland. Das sind die Hauptgründe für weiter steigende Inflation und die Verschlechterung der Lebensverhältnisse vieler Menschen.

Laut Statistischem Bundesamt lagen die Verbraucherpreise im Juni um 7,6%, im Mai um 7,9% über denen des Vorjahresmonats, ein Anstieg, so hoch wie noch nie seit 1990.

Ursachen

Haupttreiber der Inflation sind die Energiepreise. Gegenüber Jahresbeginn mussten die Werktätigen hierzulande im Juni für Energie 38% mehr ausgeben, Tendenz steigend. Auch Kraftstoffe, Strom und vor allem Lebensmittel verteuerten sich. Dass die hiesige Propaganda erfolgreich ist, zeigt sich u.a. darin, dass viele Betroffene "Putins Krieg" dafür verantwortlich machen und nicht die Sanktionspolitik der Bundesregierung und "Mitnahmeeffekte" der Konzerne. Drei Milliarden Euro an "Tankrabatte", die zur Entlastung für die Werktätigen gedacht waren (oder doch nicht?), fließen in die Taschen der Konzerne.

Für den Erhalt von PCK-Schwedt

Dass das "Ruinieren Russlands" nicht nur eine Floskel ist und nicht nur mit immer mehr Waffen an das Regime in Kiew erfolgen soll, zeigen parallel dazu die umfangreichen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Sanktionen gegen Russland.

Wir sollen im Winter nicht nur "für den Sieg frieren", sondern es werden im Interesse des NATO-Imperialismus die Existenzen zehntausender Werktätiger, vor allem in Ostdeutschland, aufs Spiel gesetzt. Es wird in Kauf genommen, dass eine ganze Region in Brandenburg zum zweiten Mal nach dem Anschluss 1990 deindustrialisiert wird.

Wegen des angekündigten Embargos von russischem Erdöl ab 1. Januar 2023 sind 1.200 Arbeitsplätze im PCK-Werk in Schwedt direkt gefährdet, weitere 2.000 in der gesamten Region und einige zehntausend in Ostdeutschland.

Stopp von Rüstung und Sanktionen

Sondervermögen für die Bundeswehr plus "2-Prozent-Ziel" und die Verschlechterung der Lebensbedingungen für die Mehrheit der Werktätigen und Rentner in der BRD sind die zwei Seiten einer Medaille. Sie sind Ausdruck und Folge u.a. dafür, dass - die Herrschenden in der BRD kein Interesse an einer schnellen Beendigung des Krieges in der Ukraine haben,





Mit der Kampagne greifen wir die Probleme der Arbeiterklasse auf und fordern einen gesetzlichen Preisstopp auf dem Niveau von Juni 2021.

- mit der kompletten Abkopplung von russischen Importen für die Energieerzeugung auf einen dauerhaften Bruch in den Beziehungen mit Russland hingearbeitet wird,
- wir hierzulande in Zukunft auf weit größere Einschnitte in den Lebensbedingungen vorbereitet werden sollen,
- die "Heimatfront" auf die große "Auseinandersetzung" der "westlichen Demokratien" mit dem "systemischen Rivalen" China vorbereitet werden soll.

Die Überlebensfrage für Schwedt

Auf einer weiteren Demonstration am 4. Juli 2022 in Schwedt gegen die Stilllegung der Raffinerie sagte eine Rednerin: "Wer die Arbeitsplätze und den Beitrag, den die Raffinerie zur Versorgung liefert, erhalten will, muss gegen die Sanktionen sein. Auch wer für den Frieden ist, muss gegen die Sanktionen sein. Wer für die Wahrheit ist, muss gegen die Sanktionen sein. Die Überlebensfrage für Schwedt ist die Überlebensfrage für ganz Deutschland.

Die Antwort auf diese Frage ist mit meterdicken Rohren quer durch den Kontinent verlegt. Sie lautet:

Druschba-

Freundschaft!" ■ TS



DKP in Aktion

Am 29. Juni 2022 beteiligten sich Brandenburger Genossinnen und Genossen an einer Kundgebung zum Erhalt des PCK-Werkes in Schwedt. Über 600 Exemplare der UZ (Unsere Zeit) wurden verteilt.



Die Arbeiterpartei

Vor unseren Augen führt eine handvoll von Superreichen, die Besitzer der Banken und Konzerne, einen Kampf gegen die übergroße Mehrheit der Lohnabhängigen und Erwerbslosen.

Für diesen Klassenkampf haben diese Superreichen einen Politikbetrieb, einen Staat inklusive Polizei und Militär und nicht zuletzt Medien, die ihre Profitinteressen durchsetzen und propagieren.

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) bezieht in diesem Klassenkampf Position für die Lohnabhängigen und für ihre Interessen.

Kommunisten leisten Widerstand:

Gegen die Ausweitung des Niedriglohnbereichs und das Hartz-IVRegime; gegen eine weitere Absenkung
der Renten und die Privatisierung der
öffentlichen Daseinsvorsorge; gegen
Aufrüstung und für Frieden mit China
und Russland.

Wir sehen in der DDR die größte Errungenschaft der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland und verteidigen ihr Erbe.

Uns eint in der DKP die Einsicht, dass die Interessen des arbeitenden Volkes nur dauerhaft gesichert werden können, wenn die Banken und Industriebetriebe dem Privatbesitz der Reichen entzogen und in Gemeineigentum überführt werden.

Die Reichen haben sich gut organisiert. Deshalb müssen sich die Lohnabhängigen besser organisieren: In den Betrieben, in ihren Stadtteilen und Gemeinden – in der DKP. Mach mit!



Einfach eine Mail schreiben an: brandenburg@dkp.de

Impressum & Kontakt

DKP-Landesorganisation Brandenburg Carl-Reichstein-Straße 2 14770 Brandenburg Mail: brandenburg@dkp.de Internet: brandenburg.dkp.de V.i.S.d.P.: W. Richter • c/o DKP Brandenburg • Carl-Reichstein-Straße 2 • 14770 Brandenburg



Auf zum Pressefest der UZ nach Berlin

Gemeinsam kämpfen gemeinsam feiern!

Das UZ-Pressefest der DKP und ihrer Zeitung "Unsere Zeit" hat eine lange Tradition. Das erste Mal fand es 1974 mit 700.000 Gästen auf den Düsseldorfer Rheinwiesen, später in Dortmund statt.

Dieses Jahr wird das Volksfest der DKP erstmalig im Osten Deutschlands, in Berlin, ausgerichtet.

Für uns Brandenburger Kommunistinnen und Kommunisten eine gute Gelegenheit zahlreich nach Berlin zu fahren, um mit Genossinnen und Genossen aus der ganzen Welt zu diskutieren, zu feiern und neue Freundschaften zu schließen.

Der Eintritt ist frei. Trotzdem fallen Kosten an und deshalb sind Spenden zur Finanzierung des Festes willkommen:

DKP-Parteivorstand, Hinweis "UZ-Pressefest"
GLS-Bank, BIC: GENODEM1GLS, IBAN: DE63 4306 0967 4002 4875 01



ch möchte:
Den Roten Brandenburger zugeschickt bekommen, um ihn in meinem Umfeld zu verteilen.
Kontakt zur nächsten DKP-Gruppe in meiner Nähe.
ame, Vorname
raße, Hausnummer
LZ, Ort
ules OIL
-Mailadresse

Bei Interesse Box ausfüllen, ausschneiden und in einem ausreichend frankierten Briefumschlag schicken an: DKP Brandenburg, Carl-Reichstein-Straße 2, 14770
Brandenburg – **Oder E-Mail an:** brandenburg@dkp.de